



## Mehr Verantwortung im Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung

Pressemitteilung von Kirsten Tackmann, 05. Februar 2009

**„Die Bundesrepublik muss mehr Verantwortung im Kampf gegen diese Menschenrechtsverletzung übernehmen. Es wird mehr und gezielte Unterstützung vor Ort gebraucht, die Entwicklungszusammenarbeit muss sich konsequenter auf die Stärkung des sozialen Status von Mädchen und Frauen richten“, erklärt Kirsten Tackmann anlässlich des 7. Internationalen Tags „Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung“ am 6. Februar. Die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:**

„Weltweit sind 130 Millionen Frauen und Mädchen genitalverstümmelt oder beschnitten, wie viele Betroffene sich selbst bezeichnen. Jahr für Jahr kommen zwei Millionen dazu. Und auch in Deutschland selbst geht es um einen wirksameren Schutz von gefährdeten Frauen und Mädchen. Wer die Debatte über geeignete Präventionsmaßnahmen nur auf strafrechtliche Aspekte fokussiert wird dem Problem nicht gerecht. Denn wo bestraft werden muss, haben Schutzregeln bereits versagt. Und eine Fixierung des Blicks auf das Symptom lenkt oft von

der Ursachenbekämpfung ab. Aber nur ein tiefgreifender gesellschaftlicher und kultureller Wandel wird das leisten können, was Mädchen und Frauen wirklich schützt.

Aus Sicht der LINKEN müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen deutlicher auf die Erfordernisse der Bedrohten oder Betroffenen gerichtet sein, also wirksamere und sensiblere Unterstützung sichern. Entscheidend ist der gemeinsame Kampf mit den betroffenen Communities - sowohl in den ursprünglichen als auch in den neuen Heimatländern. Es müssen sensible und an den Ursachen ansetzende Aufklärungs- und Beratungskampagnen entwickelt und bedarfsgerecht finanziert werden. Gefährdete Frauen und Mädchen brauchen vor allem eine eigenständige Existenzsicherung, denn wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Heraustreten aus diesem verhängnisvollen Kreislauf.“